

Sitzungsvorlage-Nr. 53/3082/XVII/2023

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Gesundheitsausschuss	24.08.2023	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:
Runder Tisch Sucht 2023****Mitteilung Runder Tisch Sucht 2023**

Am 01.06.2023 fand der „Runde Tisch Sucht“ in der Jugend- und Drogenberatungsstelle (DROBS) Neuss statt. Die Leitung hatte Herr Dezernent Küpper inne.

Frau Große (Leiterin Jugend- und Drogenberatung Neuss, DROBS) erklärte, dass das Kontakt-Café der Beratungsstelle seit Corona nicht wieder geöffnet wurde, alle übrigen Angebote liefen wieder normal. Sie verdeutlichte, dass sie mitten in der Umsetzung eines zielgruppenorientierten Konzeptes mit dem Angebot einer Beratungsstelle sei.

Sie merkte zudem an, dass die aufsuchende Klientel sich stark verändert habe. Kontakte sollen stabiler geworden sein. Laut ihrer Aussage, erfolge eine Zugangssteuerung über die Erstsprechstunde, ohne festen Termin, unter Prüfung der jeweiligen Anliegen, Motivation etc. Darauf aufbauend fänden Fallverteilung, Zuweisung an eine Beraterin und in Folge eine intensivere Beratung statt. Termine würden von den Aufsuchenden verlässlicher wahrgenommen werden.

Ein neuer innenstadtnaher Standort, ein neuer Name, Logo bzw. ein neues Image solle entwickelt und auch Online-Beratungen angeboten werden.

Frau Große erklärte, dass die Zahl der Drogentoten seit 2012 kontinuierlich gestiegen sei, im Rhein-Kreis Neuss habe es in 2022 17 Tote in Verbindung mit Drogenkonsum gegeben (akut oder Langzeitfolgen). In 2022 habe es 50% mehr Beratung aufsuchende Angehörige gegeben hierauf reagiere die Beratungsstelle mit einem Gruppenangebot für die Personengruppe, welches am 10. August 2023 starten werde. Es gäbe zunehmend mehr neue psychotrope Substanzen „legal high’s“ (künstlich hergestellte Versionen von illegalen Drogen, die chemisch leicht verändert wurden, um Strafgesetze zu umgehen) mit hoher Gefahr der falschen Dosierung, hoher Abhängigkeit und psychischen Veränderungen. Insgesamt lasse sich feststellen, dass die „legal high’s“ eine besondere Herausforderung in der Beratung darstellen. Das Beratungsangebot umfasse die Primär- bis Tertiär-Prävention.

Herr Wohlfart (Mitarbeiter der Fachstelle für Suchtprävention, Ermutigungspädagogik und Potentialförderung (SEP), DROBS) knüpfte an die Schilderungen an.

Er erläuterte, dass im letzten Jahr die SEP etwa 1.160 Kontakte verzeichnet hätte, davon sei die Hälfte über Schülerseminare zustande gekommen. Näheres über die Schülerseminare fände sich im kommenden Jahresbericht. Die SchülerInnen kämen zur Teilnahme an den Seminaren in die Beratungsstellen, oder die Mitarbeiter der Fachstelle für Suchtprävention, Ermutigungspädagogik und Potentialförderung gingen hierfür in die Schulen. Die Seminare seien für alle SchülerInnen zwischen 13 bis maximal 21 Jahren geeignet, in allen Schulformen. Sie würden jeweils gemeinsam mit der Schule entwickelt werden.

Herr Wallmeier (stellvertretender Jugendamtsleiter Stadt Neuss) erklärte, dass die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Drogenhilfe (Zwischen Kreis und allen kreisangehörigen Kommunen) vom Bürgermeister der Stadt Neuss zum 31.12.2024 gekündigt worden sei, damit dieser neu verhandelt werden könne.

Herr Dezernent Hörsken (Stadt Neuss) führte den Hintergrund für diese Kündigung auf: Er erklärte, dass der Vertrag nun fast 30 Jahre alt sei. Die Suchtsituation sei heute eine andere als damals. Ein neuer Vertrag solle im Grundsatz an das Jahr 2023 und die folgenden Jahre angepasst werden und insgesamt für die nächsten 10 Jahre stabil sein.

Ein erster Entwurf werde gemeinsam von Vertretern des Kreises und der Stadt erarbeitet und dann als Diskussionsgrundlage den anderen Kommunen zur Verfügung gestellt.

Frau Große sprach die Suche eines neuen Standortes für die Drogenberatung an, mit dem jetzigen Standort gefährde man das Angebot. Sie erläuterte, dass der aktuelle Standort nicht nur von Ratsuchenden und Aussteigern, sondern auch von konsumierenden Personen aufgesuchte werde.

Herr Dezernent Hörsken beschrieb, dass die Standortsuche schwierig sei, da das Thema in der Öffentlichkeit negativ besetzt sei. Der vorhandene Immobilienmarkt zeige keinerlei passende Immobilien-Leerstände auf.

Herr Dezernent Küpper (Rhein-Kreis Neuss) erklärte, dass die Standortsuche nachvollziehbarer Weise schwierig sei, es – gerade vor dem Hintergrund der steigenden Fallzahlen – aber trotzdem dauerhaft in der Stadt Neuss ein solches Angebot geben sollte.